

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 01/19



REINERSBACH

FREIRÄUME ERHALTEN

GRÜNER
THEMENABEND

Datenschutz- Grundverordnung



Nervt die neue EU-Regelung oder schützt sie uns vor Facebook, Google und Co.? Spricht man über die EU-Datenschutz-Grundverordnung rollen viele die Augen. Ist Datenschutz unnötig und lästig? Oder schützt er uns sinnvoll vor den Geschäftspraktiken großer Internetkonzerne wie Facebook, Google und Amazon? Und wie kann ich meine Daten schützen?

Am **Donnerstag, 14. März**, lädt der Oberhausener Kreisverband alle Mitglieder und Interessierten ein, um mit Mathi Bolte-Richter (Sprecher für Wissenschaft, Innovation, Digitalisierung und Datenschutz der GRÜNEN Landtagsfraktion) über diese Fragen zu diskutieren.

WANN: 14. März, 19 Uhr
WO: Freiraum, Paul-Reusch-Straße 26

GRÜNER *Stammtisch*



Wir laden herzlich alle Mitglieder und Interessierten zu den nächsten GRÜNEN **Stammtischen** ein.
Am **07.03. und 04.04.2019**, also immer am ersten Donnerstag im Monat, treffen wir uns ab **19 Uhr** im Gdanska (Altmarkt 3) zum lockeren Austausch. Gesprächsstoff gibt es genug: Egal, ob er Oberhausen oder den Rest der Welt betrifft - wir sind für eure Themen offen.

Es grüßt der
GRÜNE Kreisvorstand

07.03. / 04.04.



Ich möchte Mitglied werden.



Ich möchte unverbindliche Infos erhalten.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

Plz/Ort

E-Mail

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen

oder eine E-Mail an vorstand@gruene-oberhausen.de senden



Liebe Leserinnen und Leser!

Seit der Kommunalwahl 2014 sind an die Stadt Oberhausen neue Herausforderungen gestellt worden. Auf diese müssen Politik und Stadtgesellschaft Antworten finden. Wir wollen diese Herausforderungen in Oberhausen 2019 verstärkt in die politische Diskussion einbringen, um möglichst schnell im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu effektiven Lösungen zu kommen. Zudem hat sich die politische Lage geändert: Die Ampel-Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP hatte seit der Oberbürgermeisterwahl 2015 keine eigene Mehrheit mehr, sodass seitdem wechselnde Mehrheiten nötig sind. Wir GRÜNE wollen 2019 daher unsere politischen Themen eigenständig in die Diskussion einbringen. Mit allen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt wollen wir zu effektiven Lösungen kommen, denn die Stärkung der Lebensqualität einer Stadt entwickelt

sich zu einem entscheidenden Ziel, wenn es um die ökologische, ökonomische und soziale Stabilität geht. Seit dem letzten Sommer und der sich anschließenden Trockenzeit ist deutlich geworden, was Klimawandel in einer verdichteten Ruhrgebietsstadt bedeutet. In der vorliegenden Ausgabe widmet sich unserer planungspolitische Sprecherin Regina Wittmann der Frage, wie Grünflächen, die notwendig sind, um den klimatischen Veränderungen zu begegnen, erhalten bleiben können und dennoch auch Wohnneubau möglich ist. Zudem stellt sie an anderer Stelle die Arbeit des Gestaltungsbeirates vor. Der Rückblick auf unseren Neujahrsempfang verdeutlicht durch die Rede von Bürgermeisterin Steffi Opitz, wie facettenreich unsere Herausforderungen sind, denen wir uns stellen. Nicht zuletzt sind Problemlösungen

erst durch finanzielle Mittel umsetzbar. Die GRÜNE Landtagsfraktion legt ein Modell zum Abbau der Altschulden vor. Darüber sprachen Regina Wittmann und ich mit dem stellvertretenden Sprecher der GRÜNEN NRW-Fraktion, Mehrdad Mostofizadeh, sowie Kämmerer Apostolos Tsalastras. Zudem möchten wir in dieser Ausgabe einem Abschied Raum bieten: Dieter Baum, langjähriger Fahrradbeauftragter der Stadt Oberhausen, geht in den wohlverdienten Ruhestand.



Andreas Blanke (Fraktionssprecher)

SEEBRÜCKE

Das internationale Bündnis Seebrücke ist auch in Oberhausen tatkräftig und setzt sich für die Seenotrettung von Geflüchteten ein. GRÜNE, Linke Liste und Ratsfrau Andrea-Cora Walther verfassten in diesem Sinne einen appellierenden Antrag mit dem Ziel, dass auch Oberhausen – wie 36 andere deutsche Städte – sich bereit erklärt, aus Seenot gerettete Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen. Steffi Opitz machte in ihrer Rede in der Ratssitzung im Februar klar, dass die Arbeit der Seebrücke ein Zeichen der Solidarität und Menschlichkeit ist. „Mit diesem Bündnis stellen wir uns an die Seite der Menschen, die in großer Not sind. Menschen, die ohne zivile Seenotrettung wohlmöglich sterben würden. Wir alle wissen, um den schwierigen Stand der zivilen Seenotrettung. Sie wird kriminalisiert und verunglimpft.“

Anstatt diesen Appell zu unterstützen, wie es im Vorfeld die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände – zu der AWO, Diakonisches Werk, DRK, Paritätischer und die Jüdische Gemeinde gehören – taten, formulierten die CDU- und SPD-Fraktion einen gemeinsamen Änderungsantrag. In diesem findet sich der wichtige und herausragende Aspekt der Seenotrettung nicht mehr wieder. Somit entzogen die beiden großen Fraktionen dem Engagement des Seebrücke-Bündnisses die parlamentarische Unterstützung.



neujahrsempfang



Rede von Bürgermeisterin Steffi Opitz

Ich bin ein Kind der 80er.
Als Mülltrennung im Lehrplan stand.
Als Tschernobyl passierte.
Als uns das Ozonloch bewusst wurde.
Als FCKW als Problem erkannt wurde.
Als es Smogalarm gab.
Als der Wald starb.

Geprägt durch dieses Jahrzehnt.
Geprägt durchs Elternhaus, Lehrerinnen
und Jugendgruppen.
Mit dem Wissen, so was muss meine
Generation zukünftig eindämmen und
damit weitere Zerstörung an unserer
Umwelt verhindern!

Ja, nun stehe ich hier. 30 Jahre später.
Nach Tschernobyl passierte Fukushima
und Kernreaktoren sind weltweit wei-
ter am Netz. Nach dem Smog gibt es
Feinstaub. Es stirbt nun nicht mehr nur
der Wald, sondern auch unsere Insekten
und damit ein wichtiger Teil unseres
Lebenskreislaufes. Und wenn wir weiter
so viel Plastik produzieren, gibt es
bald mehr Müll in den Weltmeeren als
Lebewesen.
Man kann verzweifeln, wenn man das
so betrachtet.
Oder aber man kann aufstehen und
kämpfen. Kämpfen für die Umwelt, für

die Tiere und Pflanzen und kämpfen
für die nachfolgenden Generationen.
Denn: „Wir haben die Erde von unseren
Kindern nur geborgt.“ Dieser Ausspruch
stand 1983 auf einem Wahlplakat der
GRÜNEN - und er wird immer gelten.
Und deswegen stehe ich heute hier.
Denn ich möchte verändern, eingreifen
in den Irrsinn, der um uns schlägt.
Und ich stehe ja nicht allein hier. Ich
habe viele wunderbare Mitstreiterinnen
und Mitstreiter - mit all ihren Stärken.
Und wenn wir auch das Weltgeschehen
nicht aufhalten können, so können wir
doch durch viele kleine Schritte eine
Bewegung in Gang setzen. Und dazu
möchte ich Euch und Sie alle einladen.
Wir müssen dringendst weiter ökologi-
sche Schwerpunkte setzen, diskutieren
und anpacken. Wir möchten gemein-
sam mit Euch und Ihnen eine Verände-
rung herbeiführen.

Unsere Punkte, die wir uns für das Jahr
2019 gesetzt haben, sind den meisten
sicherlich mittlerweile bekannt.
Nichtsdestotrotz möchte ich die wich-
tigsten hier noch einmal nennen:
Wir müssen dem Klimawandel hier vor
Ort – denn wo sonst - begegnen, indem
wir die Stadtkerne entsiegeln, das
Straßenbegleitgrün, generell das Grün
in den Zentren verstärken.
Wir wollen die Solarenergie in Ober-
hausen endlich ausbauen.
Mit regenerativ erzeugter Energie soll
die Elektromobilität sauber ermöglicht
werden, dafür muss aber Infrastruktur
geschaffen und diese Form der Fort-
bewegung von der Stadt deutlich und
selbstverständlich als Vorbild genutzt
werden.

Zur Mobilitätswende - die in erster
Linie Lärm abbauen und Luftqualität
fördern soll – gehört die Ausweitung
eines guten, zuverlässigen und für alle
bezahlbaren Angebots des ÖPNV statt
Tarifdschungel, schlechte Takte sowie
dreckige Haltestellen und Fahrzeuge.
Das Fahrradfahren gehört in den Alltag.
Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass
es komfortabler und vor allem sicherer

wird, sich auf diesen zwei Rädern fort-
zubewegen - was ja auch noch unserer
Gesundheit dient. Deshalb fordern wir
den weiteren Ausbau der Radwege
beziehungsweise -streifen, der nicht
weiter dem Autoverkehr unterliegen
darf. Wir wollen Radabstellablagen im
öffentlichen Raum. Wir wollen saubere,
somit sichere Radstrecken, auf denen
Autos nicht ungestraft parken.

Weitere Schwerpunkte, die wir uns
dieses Jahr setzen, sind bezahlbarer
und sozialer Wohnungsbau. Der öffent-
liche Raum muss für alle Generationen
attraktiver werden.
Wir setzen uns für mehr gemeinsames
Lernen ein und sehen dafür in dem ge-
planten Schulneubau eine gute Chance,
dem Ziel einer modernen, integrativen
Schullandschaft in Oberhausen einen
Schritt näherzukommen.
Der Schutz von Gewaltopfern ist kein
Luxus. Wir fordern daher eine räumli-
che und personelle Aufstockung des
Frauenhauses, ohne müde zu werden,
Land und Bund hartnäckig daran zu
erinnern, dass der Grad der Betreu-
ungsmöglichkeiten von weiblichen
Gewaltopfern und ihren Kindern nach
wie vor defizitär ist.
Wir wollen langjährig integrierten
Geduldeten eine Bleibperspektive in
Oberhausen bieten und fordern daher
eine aufsuchende Beratung des zustän-
digen Amtes.

Auch wenn es in unserer Stadt an vie-
len Ecken und Enden fehlt, haben wir
dennoch Kapazitäten. Menschlichkeit
zeigt sich vor allem da, wo nicht viel
ist, aber trotzdem geteilt wird. Und das
nicht uneigennützig – denn die Bunt-
heit in Oberhausen tut uns gut. Daher
sehen wir es als unsere moralische
Pflicht, dem Sterben auf dem Mittel-
meer, dem Verenden in der Wüste nicht
mit geschlossenen Türen zu begegnen.
Wir GRÜNEN unterstützen und gehören
dem Bündnis „Seebrücke“ an. Wir wol-
len – wie es auch viele andere deut-

sche Städte schon taten – ein Zeichen setzen, indem Oberhausen Menschen aus der Seenotrettung aufnimmt. Damit senden wir ein Signal, dass Seenotrettung kein krimineller Akt ist, sondern Menschenleben rettet!

Liebe Gäste!

Wir schaffen das nicht allein. Wir brauchen jede und jeden einzelnen, die und der mit anpackt und wiederum weitere begeistert.

Wissen Sie, wer mich 2018 bewegt hat? Greta Thunberg.

Jeden Freitag geht sie nicht zur Schule, sondern zum Parlament und streikt dort. Für das Klima. Denn sie und ihre Generation werden die Folgen des Klimawandels tragen müssen. Und sie ist nicht allein. Immer mehr Schülerinnen und Schüler schließen sich ihr an. Weltweit.

15 Jahre ist sie jung. Und sie steht ein, wo viele immer noch wegschauen. Sie beweist Haltung und motiviert andere. Dies sollte Ansporn für uns in Oberhausen sein, die Jugend zu unterstützen. Lasst sie nicht allein!
Kämpft mit!
Macht die Zukunft besser!

Stehe ich in 30 Jahren noch hier?
Wer kann das schon beantworten.
Aber wenn, dann möchte ich darüber berichten, dass wir es geschafft haben, alle Kernreaktoren abzuschalten.
Dass wir es geschafft haben, saubere Luft einzusatmen.

Dass wir es geschafft haben, den Tieren einen angemessenen Lebensraum zu bieten. Dass wir es geschafft haben, so wenig Müll wie seit Jahren nicht mehr zu produzieren. Dass wir die Erderwärmung gestoppt haben. Dass wir es geschafft haben, dass Menschen nicht mehr wegen Armut, Krieg, Gewalt und Unterdrückung fliehen müssen. Utopie? Vielleicht. Aber wenn ich, wenn wir heute schon aufgeben, dann haben wir bereits verloren!
Also, lasst uns unsere Energie bündeln und loslegen!



Am 13. Januar war es wieder soweit: Der GRÜNE Kreisverband lud traditionell zum Neujahrsempfang. Etliche aus der Stadtgesellschaft - aus der Verwaltung, wie Oberbürgermeister Daniel Schranz, Politik, Vereinen und natürlich GRÜNER Mitgliedschaft - kamen vormittags in die Schlosserei Altenberg.



V.l.n.r.: Andreas Blanke (Fraktions-sprecher), Louisa Baumann (Beisitzerin im Vorstand), Felix Banaszak (NRW-Landesvorsitzender), Norbert Axt (Vorstandssprecher), Katrin Menzel (Vorstandssprecherin) und Bürgermeisterin Steffi Opitz.



Als Gastredner überzeugte der NRW-Landesvorsitzende Felix Banaszak. In seiner locker-launigen Rede sprach er hörbar stolz über die Mitgliederzuwächse der GRÜNEN, auch in NRW, und die mittlerweile geknackte Marke von 15.000. Ernster, dennoch zuversichtlich, widmete er sich dann der bevorstehenden Europa-Wahl: Die GRÜNEN wollen Europa demokratischer, sozialer und ökologischer machen. Nicht zuletzt wurde die Rodung des Hambacher Forstes zwischenzeitlich auf Grundlage einer EU-Richtlinie gestoppt.



Regina Wittmann ist Mitglied im Gestaltungsbeirat Oberhausen.

Die Gestalt unserer gebauten Umgebung geht uns alle an. Sie bestimmt auf Jahre und Jahrzehnte das Umfeld, in dem wir leben. Wie fügt sich etwas ein, wie kommen wir auch in Fragen der Alltagsarchitektur zu einer anspruchsvollen Qualität der Architektur? Hier fällt die gute Lösung in der Regel nicht „vom Himmel“, sondern ist das Ergebnis eines intensiven Austauschs. Dabei geht die Qualität der Gestaltung nicht nur Bauherr*in und Planer*in an, sondern ist auch von öffentlichem Interesse. In Deutschland haben sich daher Gestaltungsbeiräte als beratendes Gremium etabliert, welches sowohl die Bauherr*innen und Architekt*innen als auch die Verwaltung bei den Projekten mit seinem Fachwissen unterstützt, um ein qualitativvolles Stadtbild zu fördern.

In Oberhausen haben wir GRÜNE 2007 erstmalig mit einem Haushaltsbegleit Antrag einen Gestaltungsbeirat gefordert und dann nicht lockergelassen. Sowohl in den Koalitionsvereinbarungen 2009 und 2014 haben wir dies festgeschrieben. Hier war Geduld vonnöten, bis wir nach Jahren des Stärkungspakts wieder neue freiwillige Ausgaben tätigen und den Gestaltungsbeirat dann einstimmig im Rat

auf den Weg bringen konnten. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass es sich lohnt, „dicke Bretter zu bohren“.

Der Gestaltungsbeirat in Oberhausen ist als beratendes Gremium dem Planungsausschuss zugeordnet. Anfang 2015 hat er seine Arbeit aufgenommen und sich inzwischen als eines von rund 50 dieser Gremien in NRW etabliert. Am 14.3.2016 hat der Rat der Stadt Oberhausen nach einer Evaluierung einstimmig beschlossen, den Gestaltungsbeirat weiterzuführen.

Außenblick gewährleistet

Der Oberhausener Gestaltungsbeirat setzt sich zum einen aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Neben unserer Beigeordneten Sabine Lauxen sind dies die folgenden externen Fachleute: Markus Kirschnick, Architekt (Dortmund), Christof Nellehse, Architekt/Stadtplaner, (Duisburg/Berlin), Prof. Yasemin Utku, Stadtplanerin/Architektin (Köln/Bochum), Dr. Stefan Hochstadt, Soziologe (Essen), Christine Wolf, Landschaftsarchitektin (Bochum). Damit sind, wie explizit gefordert, verschiedene Fachrichtungen vertreten. Aus GRÜNER Sicht ist auch positiv zu vermerken, dass der Frauenanteil bei 50 Prozent liegt.

Die Berufung externer Mitglieder gewährleistet einen Außenblick auf die Sachfragen, der unverstellt von eigenen Interessen oder der Sorge um Konkurrenz ist. Es ist daher auch vereinbart worden, dass sie während ihrer Beiratszugehörigkeit keine örtlichen Aufträge annehmen.

Die Politik ist durch je ein nicht stimmberechtigtes Mitglied der im Rat vertretenen Parteien und Gruppen vertreten, die die baukulturelle Diskussion wiederum in ihre Arbeit im Planungsausschuss und ihre Fraktionen bzw. Gruppen mitnehmen. Aus der Verwaltung nehmen Fachleute insbesondere aus den Bereichen der Stadtplanung und der Bauordnung teil.

Der Gestaltungsbeirat trifft sich momentan viermal im Jahr. Um die Vertraulichkeit gerade von privaten Bauvorhaben in frühen Planungsstadien zu wahren, sind die Sitzungen nicht-öffentlich. Auf der Tagesordnung stehen Planungen, die städtebaulich bedeutsam oder repräsentativ für typische Bauaufgaben stehen und damit eine Vorbildwirkung entfalten können. Die Projekte werden von den Bauherr*innen und Architekt*innen in einem möglichst frühen Planungsstadium vorgestellt und dann mit einem hohen Qualitätsanspruch diskutiert. Dabei spielen auch das städtebauliche Umfeld und die Umsetzbarkeit eine wichtige Rolle. Vor der Sitzung finden nach Möglichkeit Ortstermine statt. Zum Abschluss der Diskussion formuliert ein stimmberechtigtes Mitglied eine Empfehlung. Dabei ist es für mich als Mitglied der GRÜNEN im Beirat immer wieder beeindruckend, wie schnell schlüssige Bewertungen formuliert werden. Die Ergebnisse werden in einem Protokoll zusammengefasst und den Projektbeteiligten zur Verfügung gestellt.

Standortfaktor Baukultur

Auf diese Weise trägt auch der Oberhausener Gestaltungsbeirat zur Bewusstseinsbildung für anspruchsvolle Architektur, für städtebauliche Qualitäten und somit für eine werthaltige Umwelt bei. Baukultur ist ein besonderer Standortfaktor und Beitrag für die Bindung der Menschen an die Stadt. Erfreulich ist, dass Investoren und Architekten vermehrt den Dialog im Beirat suchen, um dem eigenen baukulturellen Anspruch gerecht zu werden. Gerade wenn planungsrechtliche Grundlagen geschaffen werden müssen, wenn Abweichungen oder Befreiungen erforderlich sind oder wenn sich die Frage stellt, ob sich das Projekt einfügt, ist die Meinung des Beirates gefragt.

Regina Wittmann
(planungspolitische Sprecherin)

Konzept zum Abbau der Schulden

Aufgrund harter Konsolidierungsanstrengungen mit Leistungseinschränkungen und Steuererhöhungen konnte Oberhausen den Haushaltsausgleich erreichen. Aber die Stadt drücken fast 1,6 Milliarden Euro an Altschulden, denen keine Werte wie Immobilien oder Vermögen gegenüberstehen. Zum Abbau dieser sogenannten Kassenkredite haben die GRÜNEN jetzt ein nachhaltiges Konzept vorgelegt.

Die GRÜNE Landtagsfraktion beauftragte ein Gutachten mit dem Projekttitel „Neustart. Qualifizierung und Quantifizierung eines Vorschlags zur Entschuldung der Kommunen“. Erstellt wurde es von Manfred Busch, Bochumer Stadtkämmerer a.D.

Auf dieser Grundlage diskutierten die finanzpolitische Sprecherin der Oberhausener GRÜNEN, Regina Wittmann, sowie Fraktionssprecher Andreas Blanke mit Mehrdad Mostofizadeh, stellvertretender Fraktionssprecher der GRÜNEN im Düsseldorfer Landtag, und Apostolos Tsalastras, dem hiesigen Kämmerer (SPD).

Mostofizadeh erläuterte, dass mit diesem Modell die Chancengleichheit der Städte langfristig wiederhergestellt werden soll. Zurzeit fehlen auf kommunaler Ebene Instrumente, einer finanziellen Krise entgegenzuwirken, die durch die sich abzeichnende Steigerung des Zinsniveaus ausgelöst würde. Denn die Kommunen befinden sich in einer gefährlichen Spirale. Städte wie Oberhausen nahmen und nehmen nicht zuletzt wegen hoher Soziallasten überdurchschnittliche Kassenkredite auf. Das wirkt sich finanziell negativ auf die Bewohnerinnen und Bewohner durch Beitrags- und Steuererhöhungen aus, was wiederum zum Verlust von Einwohnern und auch Unternehmen führen kann. Dieser Trend widerlegt die „Verschwendungs-These“, nach der die



Andreas Blanke, Apostolos Tsalastras, Mehrdad Mostofizadeh, Regina Wittmann

Kommunen an ihrer Überschuldung selbst schuld seien und weist somit auf eine bundesweite Bedeutung der kommunalen Verschuldung und einer Mitwirkungspflicht von Bund und Land hin.

Verschuldete Kommunen würde dem Modell folgend ein Neustart ermöglicht, indem sie von sogenannten „unechten“ Liquiditätskrediten befreit würden. Dabei werden diejenigen Kassenkredite herausgenommen, die dem eigentlichen Zweck dienen: dem Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten. Übrig bleiben Kassenkredite, die zur Finanzierung dauerhafter, struktureller Defizite benötigt werden.

Über 24 Milliarden Euro kommen so in ganz NRW für nicht-regelkonforme Kredite zusammen. Mittels eines einzurichtenden Entschuldungsfonds soll es in einem Zeitraum über 30 Jahren zur vollständigen Tilgung dieser Kredite kommen. Ausschlagend ist, dass die Tilgung von allen politischen Ebenen, also Bund, Land und Kommune paritätisch übernommen wird.

Für die betroffenen Kommunen würde dies bedeuten, dass die Liquiditätskredite zwar in der kommunalen Bilanz blieben, aber somit ein Gläubiger- und Schuldnerwechsel stattfindet, indem der Fonds die Gläubiger-Funktion bei den Kommunen und die des Schuldners gegenüber den Banken übernimmt. Was auch für Oberhausen heißen

würde, dass die Stadt zukünftig nur das in den Fonds einzahlt, was sie in der sich nun auflösenden Niedrigzinsphase - gegenwärtig um die 15 Millionen Euro jährlich - zahlt.

Mehrdad Mostofizadeh erklärte, dass die dafür vom Land für ganz NRW im Jahr aufzubringende Summe über 392 Millionen Euro verfügbar sei.

Apostolos Tsalastras verwies darauf, dass es dennoch einen Wermutstropfen bei diesem Entschuldungsmodell gebe: Die Rahmenbedingungen würden sich für Oberhausen faktisch erst einmal nicht ändern; schließlich erfolge dem Vorschlag gemäß, eine restriktive Beobachtung der Haushaltsaufsicht. „Dennoch würde das Damoklesschwert der Zinsschwankungen für Oberhausen ausgehebelt“, entgegnete Regina Wittmann, die das Gutachten der Landtagsfraktion voll und ganz begrüßt. „Auch wenn sich 30 Jahre lang anhören“, so Wittmann weiter, „kann mit diesem Entschuldungsmodell endlich wieder perspektivisch geplant werden, denn das Ziel der Entschuldung hätte den enormen Nebeneffekt Eigenkapital aufzubauen“.

Einig waren sich die Anwesenden darüber, dass die Zeit drängt. „So schnell wie möglich, muss geklärt werden, wer sich wie an der Entschuldung der Kommunen beteiligt, denn noch bewegen wir uns auf einem für die Stadt günstigen Zinsniveau“, stellt Regina Wittmann fest.

Wie kann der Erhalt von Grünflächen und Wohnneubau verbunden werden?

Seit Jahren stellt sich die GRÜNE Ratsfraktion der Frage für den Reinersbach: **Wie lassen sich der Erhalt von Grünflächen und der Neubau von Wohnungen miteinander verbinden?**

Die GRÜNE Antwort kann nur sein: äußerst behutsam. Dahinter steckt das Anliegen zu bauen und dabei Frei- bzw. Landschaftsräume als wichtige Ausgleichsfläche für Natur, Erholung und Klimafolgenanpassung zu erhalten. Denn das ist eine wichtige Investition in die Zukunft des Stadtteils.

Das letzte Wohnungsgutachten zeigt, dass der Bedarf an Wohnungen im Besonderen im Bestand liegt. Dennoch gibt es auch Neubaubedarf, der in Oberhausen noch immer „auf der grünen Wiese“ geplant wird. Sei es, weil Eigentümer*innen Flächen entwickeln möchten oder Flächen für eine Arrondierung* herangezogen werden.

Bei der Bebauung „auf der grünen Wiese“ geht jedoch immer Freiraum verloren. Insbesondere in einer dicht besiedelten, dicht bebauten Stadt wie der unsrigen gilt es dies im Blick zu haben mit Blick auf Flächenbilanz und mit Blick auf die Qualitäten der Einzelfläche. Im Einzelfall mag es Sinn machen, zu arrondieren und Lücken zu schließen. Aber nicht jede Fläche ist per se zur Bebauung geeignet. War früher Wachstum das Gebot der Stunde, wird heute die Bedeutung von Freiraum in der Stadt immer wichtiger. Trotz der immens wichtigen Diskussion, um die Schaffung von Wohnraum, stellt sich zudem die Frage, wo und in welcher Form dies vertretbar ist. Wenn wir jetzt bauen, sind wir auch angesichts der aktuellen Diskussionen um den Klimawandel und seine Folgen, die nicht erst im letzten Sommer bei uns zu spüren waren, gefordert genau hinzuschauen.

Alsbach, Reinersbach und Elpenbach

Sterkrade ist geprägt von drei Bachtälern, die von Osten und Nordosten bis in die Sterkrade-Mitte und darüber hinaus verlaufen. So wie im Ruhrgebiet mit seinen regionalen Grünzügen ein einzigartiges, mit den Städten verwobenes Freiraumnetz erhalten werden konnte, Dank vorausschauender Planung des Siedlungsverbands Ruhr in den 1920er Jahren und Stärkung durch die Internationale Bauausstellung in den 1990er Jahren - so finden wir dies in Sterkrade im Kleinen. Die Bäche sind teils verrohrt und somit noch nicht durchgängig wahrnehmbar, doch führen sie innenstadtnah durch ökologisch wertvolle Flächen; zentrale Bereiche sind dort als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Diese Bachläufe und die dort verbliebenen Freiräume gewinnen nicht nur angesichts des letzten Hitzesommers zunehmend an Bedeutung für die Stärkung einer innenstadtnahen Freiraumstruktur.

Wie dies konkret vor Ort aussieht und welche Funktion die Bachtäler in Sterkrade für den Stadtteil haben, davon hat sich die GRÜNE Ratsfraktion bereits mit ihrem Veranstaltungsformat „Stadtspaziergang“ vor Ort überzeugen können und sowohl den Alsbach - von der Heidelandschaft am Fuße der Kreuzweghalde bis in den Volkspark - als auch den Reinersbach erkundet. Angesichts ihrer Qualität und Bedeutung für den Stadtteil gilt es, diese Grünzüge aus Sicht der GRÜNEN zu stärken und weiterzuentwickeln. Dies ist nach wie vor alles andere als selbstverständlich. So ist es angesichts von konkreten Bauabsichten weiterhin erforderlich, die Diskussion, um den Schutz vorhandener Freiflächen und die Vereinbarkeit mit geplanten Bau-

projekten zu führen. Gerne wird dabei der Bedarf an Wohnraum gegen das Grün ausgespielt und ist es doch auch einfacher, auf der grünen Wiese zu bauen als den sanierungsbedürftigen Bestand in den Quartieren anzugehen, um dort dringend benötigte Qualitäten zu schaffen. Damit geht kostbarer Freiraum Stück für Stück unwiederbringlich verloren.

Bebauung rückt an und in Freiräume

Mit Sorge betrachten die GRÜNEN daher Pläne für eine Bebauung am Reinersbach im Bereich der Kirchhellener und Mozartstraße. Dort sollen im Hinterland große Freiflächen, die unmittelbar an ein Landschaftsschutzgebiet grenzen, bebaut werden. Im letzten Jahr wurde ein veralteter Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan aus dem Jahre 2000 aufgehoben. Jahrelang war dort nichts passiert. Ein neuer Aufstellungsbeschluss sieht eine behutsame Nachverdichtung durch eine lockere Wohnbebauung vor. Die arrondierende Wohnbebauung soll in städtebaulich geordneter Form eine besondere Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten ermöglichen, ebenso die Ansprüche der klima- und umweltverträglichen Stadtentwicklung berücksichtigen und zudem einen Beitrag zum klimaangepassten Bauen leisten.

Aus GRÜNER Sicht haben wir dem Aufstellungsbeschluss für ein neues Planungsverfahren mit der Perspektive für eine verträgliche Lösung verbunden und letztlich mit Bauchschmerzen zugestimmt. Doch zeichnet sich ab, dass neue Planungen eine Wohnbebauung vorsehen, die sich zwar gegenüber früheren Konzepten etwas zurücknimmt, aus GRÜNER Sicht jedoch nach wie vor weit über das behutsame Arrondieren

der vorhandenen Siedlung und Gestaltung des Übergangs zum Landschaftsraums hinausgeht. Im Bereich der Kirchhellener Straße zeigt sich, wie die Bebauung über Jahrzehnte an und in die Freiräume gerückt ist, wie ehemals zusammenhängende Freiflächen zersiedelt und Stück für Stück reduziert wurden. Diese Fehlentwicklung wird nun als Argument für die Legitimation weitreichender Bauvorhaben herangezogen, anstatt zu zeigen, wie sich behutsamer Neubau und Freiraumentwicklung verbinden lassen. Kostbarer Freiraum wird so weiter auf verfügbares Bauland reduziert, das von der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet profitiert, ohne im Gegenzug auf eigenem Grund einen großzügigen Freiraum als Gemeinfläche und Puffer im Übergang zum geschützten Bereich auszubilden.



Foto: Norbert Axt

Gegen eine Bebauung

Die Fraktion hat sich mit der Planung intensiv auseinandergesetzt und u.a. einen Vor-Ort-Termin mit der biologischen Station wahrgenommen. Infolge hat sich die Fraktion eindeutig gegen eine Bebauung ausgesprochen, die ein „Vollaufen“ der gesamten Fläche vorsieht. Dem können wir so nicht zustimmen. Der überplante Bereich stellt eine wichtige Pufferzone für das Landschaftsschutzgebiet dar, das, wenn es heute ausgewiesen würde, einen großzügigeren Zuschnitt erhalten würde. Aus der Darstellung „Wohngebiet“ im Regionalen Flächen-

nutzungsplan (RFNP) sowie im Stadtentwicklungskonzept lässt sich nicht ableiten, dass die Fläche komplett bebaut werden darf.

Flusstäler sind typisches Landschaftselement

Heute ist die Bedeutung zusammenhängender Grünstrukturen auch für die Attraktivität von Stadtteilen bekannt. Flusstäler in Sterkrade sind typisches Landschaftselement, das in den letzten Jahren durch Nachverdichtung schon arg gelitten hat, doch bieten sie das Potential diese in ihrer Einzigartigkeit weiter auszubauen.

Am Alsbachtal konnten die GRÜNEN 2009 ein größeres Wohnungsbauprojekt

auf dem Gelände des ehemaligen Freibads verhindern. Dort folgt nun eine behutsame Weiterentwicklung der Einrichtung und ein Renaturierungsprojekt. Doch angesichts weiterer Planungen im Bereich der Bachtäler stellt sich für uns GRÜNE die Frage, ob die Bedeutung dieser Grünzüge und ihre Qualitäten ausreichend erkannt und konsequent vor weiterem Flächenfraß und Verwertungsinteressen von Investoren geschützt werden.

An dieser Stelle kommt diese Abwägung aus unserer Sicht zu einem eindeutigen Ergebnis: „Auf der grünen Wiese“ können wir es uns nicht mehr leisten und an dieser Stelle gar nicht. Hier würde eine Fehlentwicklung planungsrechtlich zementiert, die sich über Jahrzehnte oder gar nicht mehr wird revidieren können. Dieses Problem betrifft primär nicht die Art der Bebauung, sondern ob hier

eine Bebauung überhaupt sinnvoll und vertretbar ist.

Es ist zulässig, im laufenden Verfahren zur Einschätzung zu kommen, dass der bisher beschrittene Weg politisch nicht zu verantworten ist. Dies schließt nicht aus, einen neuen Anlauf zu wagen, für ein behutsames Arrondieren der vorhandenen Siedlung und Vorschläge für eine stärkere Verdichtung einer möglichen Bebauung, die weitreichende Pufferzonen erhält und einen vertretbaren Abschluss prägnant gestaltet. Hier wären die Rahmenbedingungen mit der Politik und unter Hinzuziehung des Planungsausschusses zu klären. *Regina Wittmann*

* Unter Arrondierung, deutsch auch Abrundung, versteht man unter anderem den Einbezug angrenzender Flächen zu einem bestimmten Grundstück oder Territorium. (vgl. Wikipedia)



Dieter Baum, der nun seinen Ruhestand antritt, fing 1986 in der Oberhausener Stadtverwaltung an. Neben seiner Arbeit an der Radverkehrsplanung war er auch an vielen anderen Themen der Stadtentwicklung beteiligt. Dieter Baum wirkte zudem in überörtlichen Gremien mit. Dieser Austausch begann mit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park ab 1989. Hier wurde bis 1999 regional die Route der Industriekultur per Rad entwickelt, ausgeschildert, in entsprechenden Kartenwerken dargestellt und beworben. Dies war der Beginn einer regionalen Zusammenarbeit, die sich unter dem Dach des Regionalverbandes Ruhr (RVR) in einer Reihe von Projekten bis heute fortsetzt.

Die Mitarbeit im landesweiten Netzwerk der Arbeitsgemeinschaft der fußgänger- und fahrradfreundlichen Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V. (AGFS) begann 2001, nachdem sich Oberhausen - auf einen politischen Beschluss hin - um die Mitgliedschaft beworben hatte und nach einer Bereinigung durch die zuständige Auswahlkommission des Landtages dem damaligen NRW-Verkehrsminister zur Aufnahme vorgeschlagen wurde.

Herr Baum, was hat Sie persönlich vor 33 Jahren an der Aufgabe des Fahrradbeauftragten gereizt?

Als gebürtiger und wohnhafter Oberhausener, der schon während der Studienzeit Oberhausen aus der Sicht eines angehenden Stadtplaners kennengelernt hatte, hat mich die Tätigkeit tatsächlich gereizt. Zudem hatte ich bereits recht gute Orts- und Sachkenntnisse, die mir den Einstieg und die Wahrnehmung dieser Aufgaben deutlich erleichtert haben.

Was ich bei meiner Bewerbung aber nicht wissen konnte, war der Umstand wie viel Gestaltungsmöglichkeiten ich innerhalb des Aufgabenschwerpunktes „Radverkehr“ haben würde. Das war in all den Jahren auch immer wieder ein sehr motivierender Umstand.

Was waren in den letzten Jahren die entscheidenden Fortschritte, das Alltagsradeln attraktiver zu machen?

Mitte der 1980er Jahre gab es kein zusammenhängendes Radwegenetz entlang der Hauptverkehrsstraßen. Diese Netzlücken sukzessive zu schließen, war eine wesentliche Aufgabe der letzten drei Jahrzehnte und ist immer noch nicht ganz abgeschlossen. Was man rückblickend feststellen muss, ist die Tatsache, dass die Radverkehrsanlagen, die hinsichtlich ihrer Art - Breite, Führung, Oberflächenbelag, Hindernisse im Seitenraum - zu unterschiedlichsten Zeiten entstanden sind und

sich deshalb sehr heterogen darstellen. Die Straßenverkehrsordnung (StVO) und die Regelwerke der Straßen- und Radverkehrsplanung sind in dieser langen Zeit eben immer wieder verändert worden. Führungsformen, wie der Radfahrstreifen, insbesondere der Schutzstreifen, sind erst relativ spät zu den lange verbreiteten (Bordstein-)Radwegen hinzugekommen. Und da Radverkehrsinfrastruktur recht langlebig ist, bleiben einmal getroffene Systementscheidungen in der Regel über eine sehr lange Zeit bestehen. Ich spreche deshalb gerne von Radverkehrsanlagen aus sechs Jahrzehnten, die heute das Oberhausener Radverkehrsnetz prägen; dies erklärt auch manche teils deutlichen Qualitätsunterschiede.

Ein wesentlicher Fortschritt der letzten Jahre ist, dass der Radfahrstreifen inzwischen die oftmals zu favorisierende Führungsform darstellt. Dies ist mit Blick auf die zunehmende Zahl von Pedelecs von erheblicher Bedeutung. Auf zwei Meter breiten Radfahrstreifen lässt sich die Geschwindigkeit der Pedelecs von bis zu 25 km/h auch tatsächlich fahren. Das ist im Seitenraum meist so nicht möglich.

Der ADFC Oberhausen hat über all die Jahre die Weiterentwicklung der Radverkehrsinfrastruktur immer kritisch-konstruktiv begleitet. Aus dem kontinuierlichen, offenen und fairen Diskurs mit den Vertretern des ADFC sind meist gute und

abgestimmte Lösungen entstanden. Von Vorteil war dabei sicher, dass trotz dieser langen Zeit insgesamt eine überschaubare Zahl von ehrenamtlich tätigen ADFC-Mitgliedern unsere Ansprechpartner waren.

Als Radverkehrsbeauftragter besteht eine wesentliche Aufgabe darin, die an der Entwicklung und Unterhaltung der Radverkehrsinfrastruktur Beteiligten arbeitsteilig mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten und Kompetenzen einzubinden. Hier macht sich inzwischen aber immer häufiger eine insgesamt zu dünne Personaldecke negativ bemerkbar. Denn, wenn die „Rädchen“ zu oft nicht mehr ineinander greifen, wirkt sich dies bei der Gesamtentwicklung natürlich entsprechend aus.

Das Radfahren ist in Oberhausen noch lange nicht so stark verbreitet wie am Niederrhein oder gar in Münster. Wie könnte man die Menschen zu einem Umdenken bewegen, das Fahrrad als persönliche Mobilitätsalternative zu betrachten?

Voraussetzung, um das Fahrrad überhaupt als Alternative in die tägliche Verkehrsmittelwahl miteinzubeziehen, ist natürlich eine gute Infrastruktur. Neben dem Radverkehrsnetz und der Orientierung, wie Wegweisung, Radkarten, Routingsysteme, betrifft das auch das sichere und komfortable Abstellen von Rädern.

Wenn diese Voraussetzungen überwiegend gegeben sind, kommt es auf jeden

einzelnen Verkehrsteilnehmer an, sich täglich die Frage zu stellen, ob das Fahrrad mit Blick auf das Ziel, die Wege und deren Alternativen dorthin, die Witterungsbedingungen etc. nicht eine sinnvolle Alternative darstellen kann. Gerade relativ kurze Wege im Quartier oder Stadtteil bieten sich hierfür fast immer an.

Das Repertoire an Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, an Kampagnen und Aktionen sowie eine kontinuierliche positive Berichterstattung in der Öffentlichkeit über Verbesserungen und neue Projekte tragen insgesamt dazu bei, ein fahrradfreundliches Klima in der Stadt zu schaffen. Das ist eine Grundlage, um Menschen zu motivieren, das Fahrrad auch im Alltag öfter zu nutzen. Aber das Verhalten von Menschen zu verändern, ist eine recht große Herausforderung und bedarf eines langen Atems. Das betrifft übrigens nicht nur das Verkehrsverhalten.

Im Berufspendlerverkehr stellt sich die Situation oftmals anders dar. Je nach Entfernung und den in Frage kommenden Wegeverbindungen, stößt man mit der bisherigen Infrastruktur hier an Grenzen. Mit der Planung und dem Ausbau von Radschnellwegen im Ruhrgebiet und der weiter zunehmenden Verfügbarkeit von Pedelecs stellt sich künftig diese Situation anders dar; auch wenn der Ausbau eines Radschnellwegenetzes im Ruhrgebiet noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Hier steht man ruhrgebietsweit noch relativ am Anfang, aber die ersten Schritte dazu sind bereits getan.

Waren die Hemmnisse, das Radfahren attraktiver zu gestalten, in der Vergangenheit vorwiegend in den fehlenden finanziellen Mitteln für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur zu finden?

Begrenzte finanzielle Mittel waren sicherlich ein Hemmnis. Gleichwohl konnte über die Zeit dennoch relativ viel erreicht werden, da wir einerseits das Ziel nie aus den Augen verloren haben und andererseits auch möglichst viele sich bietende Chancen genutzt haben, um Verbesserungen herbeizuführen. Letztendlich fehlte es aber dennoch immer wieder an Geld, um Straßen komplett umzugestalten oder auch nur Wegequalitäten aus eigenen Mitteln spürbar zu verbessern, wie die

Rhein-Herne-Kanal-Uferwege, auch wenn hier regionale Partner wie der Regionalverband Ruhr (RVR) oder das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) immer wieder abschnittsweise mit eingesprungen sind.

Die Verfügbarkeit von deutlich höheren investiven Mitteln stellt sicherlich eine Voraussetzung für eine umfänglichere und schnellere Realisierung von Maßnahmen dar. Es bedarf, wie schon oben ausgeführt, aber auch einer personellen Ausstattung, die - neben allen anderen erforderlichen Aufgaben und Maßnahmen des Tiefbaus - in der Lage ist, von der konzeptionellen Planung über die Entwurfs- und Ausbauplanung, das Beantragen und das Abrechnen von Fördermitteln, die Ausschreibung und die Baudurchführung zu begleiten. Und auch Bürgerbeteiligung und sonstige planerische Abstimmungen mit Dritten erfordern Fachpersonal.

Insoweit nutzt es nur wenig, wenn allein die investiven Mittel spürbar erhöht würden, aber das Personal zur Umsetzung der Maßnahmen nicht parallel entsprechend mit angepasst würde. Denn eine aufgabengerechte Personalausstattung ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgaben.

Zudem wird ein reines Ausbauprogramm der Aufgabe allein nicht gerecht. Auch die Pflege, Unterhaltung und schrittweise Weiterentwicklung der vorhandenen Radverkehrsinfrastruktur muss immer Bestandteil der Radverkehrsförderung sein und mitgedacht werden.

Das in Arbeit befindliche Mobilitätskonzept Oberhausen soll hier unter anderem eine Grundlage für die qualitative und quantitative Fortentwicklung des künftigen Radverkehrsnetzes im Ergebnis hervorbringen. Dann lassen sich auch kurz-, mittel- und langfristige Finanzbedarfe genauer beziffern und in Prioritäten darstellen. Diese Standortbestimmung ist für die Ausrichtung der Radverkehrsplanung in den nächsten zwei Jahrzehnten sehr wichtig.

Steht schon fest, ob es eine Nachfolge für den Fahrradbeauftragten gibt?

Es soll künftig eine ganze Stelle für diese koordinierende Tätigkeit geben. Begrifflich wird das mit dem Begriff einer/s „Nahmobilitätsmanagers/in“ beschrieben.

Dies folgt damit dem Leitbild der AGFS, worin sich diese und insbesondere ihre Mitglieder vor einigen Jahren der Förderung der Nahmobilität verschrieben haben.

Werden Sie weiterhin - vielleicht ehrenamtlich - der Weiterentwicklung des Radverkehrs verbunden bleiben?

Ich kann das im Moment noch nicht sagen, ob und wenn ja, wo das Sinn machen könnte.

Einerseits hat sich im Laufe der Jahre zwar ein großes Hintergrund- und Fachwissen angesammelt, andererseits gebietet es die Fairness gegenüber Kollegen/innen hier vor Ort sich jetzt nicht plötzlich von außen einzumischen.

Ich möchte zunächst einmal etwas Abstand vom Berufsleben gewinnen und dabei den Blick für das Wesentliche wieder schärfen, der im vielschichtigen und phasenweise hektischen Tagesgeschäft zum Teil etwas zu kurz gekommen ist.

Impressum

**BlattGRÜN – Magazin
der Oberhausener GRÜNEN**
Ausgabe 01/2019

Herausgeber:

DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen, Elsässer Straße 19, 46045
Oberhausen, S. 1, 6-11

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen, S. 2, 4-5, 12

V.i.S.d.P.:

Stefanie Schadt (st)

Kontakt Redaktion:

E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen,
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.82 02 96
Fax: 0208.82 02 9-80

Druck:

45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert



GRÜNES FRÜHSTÜCK

**kennen-
lernen**

**essen
&
trinken**

23.03.2019

von 10 bis 12 Uhr
im Freiraum (Paul-Reusch-Str. 26)

**wieder-
sehen**

**mit-
einander
reden**

Alle grünen Mitglieder und Interessierten sind herzlich eingeladen. Anmeldung bis 20.03.2019 erbeten unter info@gruene-oberhausen.de oder 82 85 75 51 (AB).